



Stans, 11. November 2015
Nr. 794

Parlamentarische Vorstösse. Gesundheits- und Sozialdirektion. Amt für Asyl und Flüchtlinge. Kleine Anfrage von Landrat Thomas Wallimann-Sasaki, Ennetmoos, betreffend aktuelle Situation für Menschen aus Eritrea im Asyl- und Flüchtlingsbereich. Beantwortung

1 Sachverhalt

Mit Schreiben vom 15. September 2015 übermittelte das Landratsbüro dem Regierungsrat des Kantons Nidwalden (Überweisung am 16. September 2015) die nachfolgende Kleine Anfrage von Landrat Thomas Wallimann-Sasaki, Ennetmoos:

Mit einer Medienmitteilung informierte der Regierungsrat am 28. August 2015, dass die „Themen Asyl und Flüchtlinge grosse Teile der Nidwaldner Bevölkerung“ beschäftigen, insbesondere „dass derart viele Menschen aus Eritrea den Status als anerkannte Flüchtlinge erhalten“.

In diesem Zusammenhang bitte ich um Auskunft zu folgenden Fragen:

- 1. Auf Grund welcher Grundlagen macht die Regierung die Aussage, dass „grosse Teile der Nidwaldner Bevölkerung“ sich mit der Frage des Flüchtlingsstatus von Menschen aus Eritrea beschäftigen? Gibt es dazu Umfragen und Zahlen?*
- 2. Welche Herausforderungen stellen sich konkret für wen und wie im Umgang mit den Menschen aus Eritrea in Nidwalden? Wie werden sie angegangen?*
- 3. Welche Quellen führen den Nidwaldner Regierungsrat dazu, die Einschätzungen des Bundes zur Situation in Eritrea zu hinterfragen (Berichte, Studien)?*
- 4. Wo und wie kann die Bevölkerung tatkräftig mithelfen, die Situation für Menschen auf der Flucht, die in Nidwalden wohnen, zu verbessern? Wie gedenkt der Regierungsrat die Bevölkerung für diese Mithilfe zu sensibilisieren?*

Gemäss § 110 Abs. 3 des Landratsreglements vom 16. September 1998 (NG 151.11) hat der Regierungsrat Kleine Anfragen innerhalb von zwei Monaten seit ihrer Überweisung (16. September 2015) schriftlich zu beantworten.

2 Beantwortung

2.1 Auf Grund welcher Grundlage macht die Regierung die Aussage, dass „grosse Teile der Nidwaldner Bevölkerung“ sich mit der Frage des Flüchtlingsstatus von Menschen aus Eritrea beschäftigen? Gibt es dazu Umfragen und Zahlen?

Dass sich grosse Teile der Bevölkerung – und mithin auch der Nidwaldner Bevölkerung – mit Fragen von Asyl und Flüchtlingen und im Speziellen auch mit der Frage des Flüchtlingsstatus von Menschen aus Eritrea beschäftigen, geht aus einschlägigen Umfragen wie beispielsweise dem alljährlich erhobenen Sorgenbarometer der Bevölkerung hervor. Auch die

Ergebnisse der soeben stattgefundenen eidgenössischen Wahlen zeigen klar auf, dass solche Fragen die Bevölkerung beschäftigen.

Im Gegensatz zu den meisten Kantonen untersteht in Nidwalden der Vollzug des Asyl- und Flüchtlingswesens, und damit auch die Organisation von Unterkunft und Betreuung direkt einem kantonalen Amt (Amt für Asyl und Flüchtlinge [AAF] / Gesundheits- und Sozialdirektion [GSD]). Wenn Probleme oder Fragen auftauchen, erfährt die zuständige Direktorin über den Amtsvorsteher AAF sehr rasch, welche Themenbereiche einwandfrei laufen und wo der Schuh drückt. Zwischen der Direktion und dem Amt findet ein regelmässiger Informationsaustausch statt, der angesichts der in zahlreichen europäischen Ländern angespannten Situation intensiviert wurde. Aufgrund der Zunahme der Asyl- und Flüchtlingszahlen muss auch viel Zeit investiert werden, um geeigneten Wohnraum zu finden. In Nidwalden sind Verwaltung und Politik also viel näher am Asyl- und Flüchtlingswesen, weshalb Sorgen und Anliegen der Bevölkerung auch direkt bei ihr platziert werden.

Ebenso wie in anderen Kantonen oder Ländern hat die Häufigkeit von Anfragen betreffend Flüchtlingsstatus im Vergleich zu früheren Jahren zugenommen. Fragen aufgrund der raschen Gewährung des Flüchtlingsstatus bei Eritreern kommen insbesondere auch bei Nachbarn von Menschen aus diesem Herkunftsland auf. Da das AAF zuständig ist für die Organisation der Asylzentren und der zahlreichen Wohnungen, werden entsprechende Fragen direkt bei den Mitarbeitenden des Amtes platziert.

Nidwalden ist ein kleiner Kanton. Die Wege sind kurz und Problemlagen sind überschaubar. Es ist nicht notwendig, in einem Bereich Umfragen zu erstellen, wo sich die Ausgangslage derart klar präsentiert. Aufgabe der Politik ist es hingegen, die Anliegen und Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen und darauf zu reagieren.

2.2 Welche Herausforderungen stellen sich konkret für wen und wie im Umgang mit den Menschen aus Eritrea in Nidwalden? Wie werden sie angegangen?

Wie aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Osteuropa (Balkanroute) und insbesondere des Nachbarlands Deutschland ersichtlich ist, stammen die meisten Asylbewerberinnen und -bewerber aus Ländern, die leider seit mehreren Jahren unter schwerwiegendsten Konflikten und (Bürger-) Kriegen leiden. Dramatische Berichte etwa aus Syrien, Irak, Jemen, Afghanistan oder Libyen präsentieren ein deutlich anderes Bild als jene aus Eritrea. Deutschland ist auf Stufe Bund, Länder und Kommunen damit beschäftigt, hunderttausende Flüchtlinge insbesondere aus Syrien unterzubringen.

In diesem Zusammenhang ist die grundsätzliche Frage legitim, ob der Bund nicht die bisherige Praxis der zumeist raschen Gewährung des Flüchtlingsstatus überprüfen und den Status der vorläufigen Aufnahme ohne Flüchtlingseigenschaft vermehrt anwenden sollte.

Selbstverständlich nicht nur in Nidwalden wird festgestellt, dass die Unterbringung und insbesondere die Integration von Eritreern eine grosse Herausforderung darstellen, da sie sehr unterschiedlich gebildet sind und es sich zumeist um junge Männer handelt, die aufgrund des erteilten Flüchtlingsstatus den sofortigen Familiennachzug einleiten können, der alle Kantone und Gemeinden vor grosse Herausforderungen stellt.

2.3 Welche Quellen führen den Nidwaldner Regierungsrat dazu, die Einschätzungen des Bundes zur Situation in Eritrea zu hinterfragen (Berichte, Studien)?

Der Quellen sind viele. Erwähnt seien an erster Stelle die Erfahrungen der GSD und des AAF, dann zahlreiche Presse- und Fernsehberichte. Insbesondere fallen die Berichte des Staatssekretariats für Migration (SEM) ins Gewicht und nicht zuletzt auch Recherchen im Internet. In zahlreichen seriösen Medienberichten wird die Schlüsselfrage gestellt: „Werden die Richtigen bevorzugt?“ Dies ist insbesondere angezeigt, wenn die Migrationsströme wie

momentan stark anschwellen. In den Auswahlprozess kommen nicht vorab jene Personen, die in ihren Ländern am stärksten gefährdet sind, sondern jene, die ihr Zielland schon erreicht haben. Priorität bei der Aufnahme sollten jene Menschen finden, die aufgrund ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, politischen Überzeugung usw. in ihrem Leben ernsthaft bedroht sind und deren Lebensgrundlagen zum Grossteil vollständig zerstört sind. Die Auswahl darf dabei aber auch auf die kulturelle und persönliche Nähe zum Fluchtland abstellen.

2.4 Wo und wie kann die Bevölkerung tatkräftig mithelfen, die Situation für Menschen auf der Flucht, die in Nidwalden wohnen, zu verbessern? Wie denkt der Regierungsrat die Bevölkerung für diese Mithilfe zu sensibilisieren?

Das AAF pflegt einen regen Austausch mit der Bevölkerung und insbesondere Vermietern von Liegenschaften und Wohnungen. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass bei der Akquisition von günstigem Wohnraum für Asylbewerbende und anerkannte Flüchtlinge auch die Bedürfnisse der Mitbürgerinnen und Mitbürger nach günstigem Wohnraum tangiert werden.

Sollte sich die Lage zuspitzen, wäre es sehr hilfreich, wenn sich die Bevölkerung aktiv bezüglich Unterbringung einsetzen würde. Bereits haben kirchliche Organisationen ihr Interesse angemeldet, in Bezug auf Unterbringung ebenfalls eine Rolle zu spielen. Der Regierungsrat seinerseits wird alles daran setzen, die Bevölkerung für das Thema vermehrt zu sensibilisieren.

Beschluss

Dem Landrat wird beantragt, von der Beantwortung der Kleinen Anfrage von Landrat Thomas Wallimann-Sasaki, Ennetmoos betreffend aktuelle Situation für Menschen aus Eritrea im Asyl- und Flüchtlingsbereich, Kenntnis zu nehmen.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Landrat Thomas Wallimann-Sasaki, Rohrmatte 6, 6372 Ennetmoos
- Landratssekretariat
- Gesundheits- und Sozialdirektion
- Amt für Asyl und Flüchtlinge
- Direktionssekretariat Gesundheits- und Sozialdirektion (2)

REGIERUNGSRAT NIDWALDEN

Landschreiber

